

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/150

10. August 1971

13. August 1961 - 13. August 1971

Ein Wort zu den Realitäten dieser Zeit

Von Kurt Neubauer  
Bürgermeister von Berlin und Senator für  
Inneres

Seite 1 und 2 / 88 Zeilen

Wieder nichts Neues bei der CDU

"Etikettenschwindel" ist die inhaltleerste  
Oppositions-Antwort

Von Johannes Rau SPD-MdL  
Minister für Wissenschaft und Forschung des  
Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Euler  
5300 Bonn 3, Heussallee 8-10  
Postfach: 9123  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 8037-38  
Telex: 966 346/966 347  
88 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

13. August 1961 - 13. August 1971

---

Ein Wort zu den Realitäten dieser Zeit

Von Kurt Neubauer

Bürgermeister von Berlin und Senator für Inneres

Ein Jahrzehnt ist seit dem Bau der Mauer vergangen. Sie ist in dieser Zeit zu einer Realität geworden. Für die Menschen in beiden Teilen Berlins bedeutet diese Realität die Summe der Erfahrungen mit den vielfältigen Mitteln eines Regimes, das sich Bertold Brocht zufolge 1953 eigentlich ein anderes Volk hätte wählen müssen.

Die Kommunisten in Ost-Berlin und der DDR sind diesem Recht nicht gefolgt - im Gegenteil. 1961, so möchte man mit einiger ironischer Verbitterung anfügen, hatten sie sich an ihr Volk so gewöhnt, daß sie es mit einer Mauer an der Selbstaflösung hinderten. Heute wissen wir, daß es zwar der Wille der SED war, ihre Bürger einzumauern, wir wissen aber auch, daß sich belügt, wer nicht zur Kenntnis nimmt, daß auch die Menschen im Westteil der Stadt eingemauert wurden. Im Grunde beendeten die Kommunisten im August 1961, was 1948 mit der Vertreibung aus dem Stadthaus begann: Am Potsdamer Platz, am Brandenburger Tor, überall, wo zwischen Ost und West bis dahin Straßen, Brücken und Bahnen die Menschen in beiden Teilen der Stadt noch miteinander verbanden, ging nun auch in Berlin der Eisernen Vorhang nieder. Mit der Mauer zogen die deutschen Kommunisten den Schlußstrich unter die Spaltung Deutschlands.

Der 13. August 1961 ist ein schlimmes Datum unserer Geschichte. In der Vergangenheit sind dazu große Worte gesprochen worden. Heute muß man zur Kenntnis nehmen, daß keines dieser Worte die Mauer überwunden, keines auch nur einen Mord verhindert hat. So schmerzlich diese Einsicht für manchen sein dürfte: Protest und Anklage wurden nur allzu häufig schon für Politik gehalten. Als würde nicht schon an der Tragödie des jungen Bauarbeiters Peter Fechter auf brutale Weise deutlich, daß Moral und Menschenrecht ohnmächtig blieben vor der betongewordenen Willkür eines Systems, das den Traum von der Erlösung der Menschheit zur Ideologie erhoben hat - und für die der Einzelmensch gleichwohl nichts gilt.

Was bleibt angesichts einer durch eigene Macht und Gewalt nicht veränderbaren Wirklichkeit von Mauer und Todesstreifen, abgrenzendem Hass und kalkulierter Brutalität? Neben manchem anderen wohl vor allem eins: Die Einsicht, daß es derzeit keine Chance gibt für eine Politik, die auf "alles oder nichts", Wiedervereinigung oder "Kalten Krieg" setzt.

Worum es derzeit geht, nur gehen kann, ist der Versuch, das Leben der Menschen in der geteilten deutschen Hauptstadt wenigstens

praktisch zu verbessern. Allen, die in dieser Politik "nationalen Verrat" wittern, sollte endlich klar werden, daß die Mauer in Berlin nicht dadurch überwunden wird, daß man, wenn auch nur verbal, mit fremden Säbeln rasselt. Glaubt jemand ernstlich, daß jene amerikanischen und sowjetischen Panzer, die in den Tagen nach dem 13. August 1961 in Berlin einander gegenüberstanden, etwa in Gefechtsbereitschaft versetzt wurden, um der Deutschen Vaterland zu verteidigen?

Die Mauer, dies ist eine der Einsichten des 13. August 1961, markiert nur im engen, physischen Sinn die Spaltung Berlins. Ihre politische Funktion ist unlösbar verbunden mit der Spaltung Europas, mit den Spannungen zwischen Ost und West und mit der Gliederung unserer Welt in gegnerische Machtblöcke. Deshalb sind derzeit zwar Regelungen denkbar, aber kaum Lösungen. Deshalb richten sich unsere Hoffnungen auf einen erfolgreichen Abschluß der Vier-Mächte-Verhandlungen, die wir als einen Schritt auf das umfassende Ziel der Sicherung des Friedens und der Entspannung in Europa ansehen. Mehr sollte derzeit niemand erwarten. Es irrt allerdings, wer glaubt, er könnte etwas von dem abhandeln, was zu einer wirklichen Verbesserung der Situation notwendig erreicht werden muß.

Mancher mag - gerade zu solch einem Tage - ein höheres politisches Evangelium fordern. Die Einsicht in die Wirklichkeit des "13. August" bietet jedoch alles andere als den Stoff zu einer frohen Botschaft. Die freie Selbstbestimmung aller Deutschen ist nicht dadurch zu erreichen, daß wir sie ständig beschwören. Wir stehen am Anfang eines langen Weges, den zu gehen es eines langen Atems, der Geduld, der Beharrlichkeit und der Überzeugungskraft bedarf. Und noch einer Tugend bedarf es, um dieses Ziel schließlich zu erreichen: Des Mutes und des Selbstvertrauens. Solange wir Deutschen nicht kleinmütig werden, solange es bei unserer Überzeugung bleibt, daß die Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu einer Nation, daß sie zusammengehören, solange gibt es mehr als die Hoffnung, nämlich die Chance, zu erhalten, was noch gemeinsam ist, und zu überwinden, was trennt.

Ich möchte diese Bemerkungen zum "13. August" nicht ohne ein Wort des Dankes schließen. Es gilt denen, die seit den ersten Tagen der Bedrohung mit ideeller und materieller Hilfe zur Sicherung der Freiheit und Lebensfähigkeit des Westteils unserer Stadt beigetragen haben. Dieser Dank gilt den Schutzmächten ebenso wie den vielen Freunden Berlins in den verbündeten und neutralen Völkern und Regierungen. Wir Berliner wissen, daß die wichtigste Grundlage unserer Selbstbehauptung etwas war und bleibt, was alle anderen Maßnahmen der Hilfe und Unterstützung erst ermöglicht hat: Die Solidarität der Starken, die sich aus Überzeugung mit dem Schicksal der Gefährdeten verbunden haben.

(-/ex/10.8.1971/ks)

+ + +

Wieder nichts Neues bei der CDU

"Etikettenschwindel" ist die inhaltleerste Oppositions-Antwort.

Von Johannes Rau SPD-MdL  
Minister für Wissenschaft und Forschung des  
Landes Nordrhein-Westfalen

Von Zeit zu Zeit fällt der nordrhein-westfälische CDU-Opposition ein entscheidender Beitrag zur Hochschulreform ein: Sie holt das Wort "Etikettenschwindel" aus dem durchaus erschöpflichen Arsenal ihrer bildungspolitischen Argumente. Dieses leichte Geschütz richtet sie sodann mit zittriger Hand auf das, was sie für ein "integriertes Wolkenkuckucksheim" hält: Die Integrierte Gesamthochschule. Wen wundert's, daß der Schuß an den Realitäten vorbeigeht.

Realität ist, daß die Integrierte Gesamthochschule ein bildungspolitisches Ziel ist, das sich die Regierung dieses Landes gestellt hat. Sie möchte durch ein System abgestufter, differenzierter und miteinander verzahnter Studiengänge Effektivität und Chancengleichheit im tertiären Bildungsbereich möglich machen. Und sie möchte einen organisatorischen Rahmen für die Reform der Studieninhalte, der Studiengänge und der Studienabschlüsse schaffen. An diesem Ziele halte ich fest. Den CDU/CSU-regierten Ländern wird es nicht gelingen, die Bund-Länder-Kommission in einen Ausschuß zur Verhinderung der Hochschulreform in Nordrhein-Westfalen umzufunktionieren.

Realität ist auch, daß nicht abschließend festgelegt ist, wie dieses Ziel der Integrierten Gesamthochschule organisatorisch und inhaltlich erreicht wird. Das muß in der Diskussion mit den Betroffenen in Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen geklärt werden. Sicher ist jedoch, daß es einerseits ohne Neuorganisation des Hochschulwesens noch im Jahre 2000

keine Studienreform geben wird und daß andererseits die Neuorganisation ohne Studienreform ein Spiel ohne Inhalt bleibt.

Realität ist, daß ich zur Vorbereitung dieser Arbeiten, für die Abstimmung der verschiedenen Curricula, einen Beirat für die Studienreform berufen habe, und daß ich noch in diesem Jahr im Zusammenwirken mit den Hochschulen Studienreform-Kommissionen für die einzelnen Disziplinen berufen werde. Verständlich, daß die CDU sich zum Echo der "Sachverständigen" macht, die lieber Bremse als Motor sind. Dabei ist ihr entgangen, daß es zahlreiche Bildungspolitiker und Hochschulangehörige - unter ihnen nicht wenige Natur- und Ingenieurwissenschaftler - gibt, die die Durchlässigkeit der Studiengänge auch im naturwissenschaftlichen Bereich für wünschenswert und möglich halten.

Realität ist schließlich, daß ich die Hochschulen zur Diskussion und zur Kritik meiner Thesen über die Integrierte Gesamthochschule eingeladen habe. Daß damit die Betroffenen - die Hochschulen und die Gruppen an den Hochschulen - erstmals zu einem sehr frühen Zeitpunkt an der Diskussion beteiligt worden sind, scheint über das Demokratieverständnis gewisser CDU-Bildungspolitiker hinauszugehen. Wie sonst könnten sie eine Diskussionsgrundlage für "Etikettenschwindel" halten.

Der größte Teil der Stellungnahmen aus den Hochschulen zu meinen Thesen - gerade auch der kritischen Stellungnahmen - zeichnet sich durch das Gewicht der Argumente aus. Dies kann man von denen der CDU nicht behaupten. Aber sie sucht und findet sie die schlechte Gesellschaft einzelner Professoren, die, dienstlich um Stellungnahme gebeten, Unterstellungen mit Argumenten verwechseln. Das wiegt leicht, solange der neueste Beitrag der nordrhein-westfälischen CDU zur Gesamthochschule in der Formulierung "Etikettenschwindel" besteht, die schon vor Jahresfrist nicht mehr ganz frisch war. (-/ex/10.8.1971/ks)